

Ade DDR I

ExtraBlatt

ZEITUNG FÜR DIE BÜRGER DER DDR

Berlin, Februar/März 1990

Herausgegeben vom Vorstand der SPD

Lesen und weitergeben!

SPD will Einheit sozial absichern

Gemeinsamer Ehrenvorsitzender Willy Brandt nennt SPD „das soziale Gewissen der nationalen Einheit“

Auf ihrem Parteitag in Leipzig haben die Sozialdemokraten mit einem „Fahrplan zur deutschen Einheit“ ein deutliches Signal in Richtung Bonn gesetzt: Als Regierungspartei werden sie der Regierung unter Kanzler Kohl nach dem 18. März keinen Raum für weitere Verzögerungen lassen, die Einheit auf den Gebieten, wo sie jetzt schon möglich ist, zu vollziehen.

Selbstbewußt und entschieden benennt die SPD die Felder, auf denen sich ein wahltaktischer Aufbruch entsprechender Ein-

solange die bündnisrelevanten Fragen noch Gegenstand der Verhandlungen sind.“
Beide unterstrichen, daß bei diesem Einigungsprozeß die soziale Absicherung der Menschen und die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit keinen Augenblick aus den Augen zu verlieren seien, und zwar weder in der DDR

republik. Willy Brandt setzt bei den sozialen Folgen des Einigungsprozesses darauf, „daß die Sozialdemokratie hier an ihre besten Traditionen anknüpft und sich neu bewährt – als das soziale Gewissen der nationalen Einheit“.

Den Delegierten rief Brandt zu: „Der Zug der Einheit rollt. Jetzt kommt es darauf an, daß niemand unter die Räder kommt. Das zu verhindern, ist wichtiger als der Komfort derjenigen, die erster Klasse fahren.“ Gemein-



Garanten für die Einheit: Willy Brandt und Ibrahim Böhm waren die gefeierten Politiker-Stars auf dem SPD-Parteitag in Leipzig. Bei der Wahl zum Ehrenvorsitzenden erhielt der frühere Bundeskanzler stehende Ovationen: Ibrahim Böhm wurde mit überwältigender

„Der Zug der Einheit“

Zeitung zur Wahl

Informationen zur Allianz für Deutschland

Frieden und Freiheit, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit in einem geeinten Deutschland

Mit dem ersten freien und geheimen Wahlen zur Volkskammer erfüllte sich der Wille des Volkes zur Demokratie. Die jahrzehntelange Unterjochung unter die stalinistische Diktatur wird endlich vorbei sein. Mit dem Ruf „Nie wieder Sozialismus!“ zeigen die Menschen, daß sie endgültig genug haben von der Ausbeutung des Volkes durch eine korrupte Funktionärskaste. Das ist die eine Seite der

Umkehrung soll zugleich dafür sorgen, daß die Menschen in der DDR in sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit wie in der Bundesrepublik leben können.
Das alles will die überwiegende Mehrheit unserer Bevölkerung. Und das alles wollen die drei in der ALLIANZ FÜR DEUTSCHLAND zusammengeschlossenen Parteien erreichen. Demokratischer Aufbruch (DA), Deutsche Soziale Union (DSU) und Christlich



Umdrängt und umjubelt: Bundeskanzler Helmut Kohl bei seinen Wahlveranstaltungen in der DDR für die Allianz für Deutschland.

Helmut Kohl gibt uns Hoffnung auf eine bessere Zukunft



Sorgen sind unbegründet

Rente:
Kein Rentner muß Angst haben. Bundeskanzler Helmut Kohl schreibt in dieser Zeitung, der wohlverdiente Lebensabend

Jeder Kämpfer benötigt die passenden Mittel zur Bewirkung seines Zwecks. Der Anschluss der SPD und der Parteien der Allianz für Deutschland verschaffte ihnen nicht nur die nötige finanzielle und technische Ausrüstung, sondern auch gleich das richtige Programm.

In der offiziellen DDR wurde Opposition gern als ein Geschäft weniger Miesepeter und Meckerer hingestellt. Als die Gruppen sich aber aufmachten, die wirkliche Zustimmung zur Herrschaft der Politbürokraten zu untersuchen, bei den Kommunalwahlen '89, war das Vertrauensverhältnis zwischen „Partei und Volk“ wohl schon etwas gestört. Die Forderung nach freien, unverfälschten Wahlen markierte den prinzipiellen Bruch mit den realsozialistischen Herrschaftsformen.

Dabei stand aber nicht die rasche Durchführung von nationalen Parlamentswahlen im Vordergrund. Eine baldige Auflösung der diskreditierten Volkskammer verlangte niemand. Soeben aus der Illegalität und gesellschaftlichen Isolierung herausgetreten, ohne belastbare innere Strukturen und ohne materielle Mittel, orientierte die Opposition auf einen Abbau des bestehenden Machtapparates und die schrittweise Errichtung demokratischer Strukturen. Der 1. Runde Tisch (7. Dezember '89) fixierte den Wahltermin auf den 6. Mai 1990, den Jahrestag der gefälschten Kommunalwahlen. Bis dahin sollte der Runde Tisch als „Bestandteil der öffentlichen Kontrolle“ wirken. Der Runde Tisch war als Einrichtung zur Vorbereitung freier Wahlen selbst natürlich nicht frei gewählt. Mit einer gewissen Bedenklichkeit betrachteten Teile der Opposition die fehlende demokratische Legitimation für ihre Politik. Von angemessener Herrschaft konnte aber keine Rede sein. Macht konnte die Opposition nur soweit ausüben, wie sie freiwillige, aktive Unterstützung in der Bevölkerung fand.

Der Versuch, die vorhandene Staatsmacht zur Reformierung der DDR zu instrumentalisieren, scheiterte an der fehlenden Souveränität des Staates. Die Vorverlegung des Wahltermins auf den 18. März und der Eintritt in die Regierung besiegelten den Zerfall des vormals zusammengehörigen Oppositionslagers. Die Wahlen wurden zu einem Referendum über die deutsche Einheit und die Währungsunion. Der *Demokratische Aufbruch* und die SPD der DDR unterliefen auch die strikte Ablehnung westlicher Wahlkampfunterstützung durch den Runden Tisch. Sie verschafften so den Westparteien jene Legitimation aus den Reihen der SED-Gegner, ohne die ihr massives Eingreifen in die „ersten freien Volkskammerwahlen“ kaum möglich gewesen wäre.